

Abbau, Umbau – die grosse **BBC** gibt Trends vor

Die BBC gilt als das Vorbild des öffentlichen Rundfunks. Ihre neue Strategie heisst «Creative Future»: Das ist ein massiver Abbau und ein grundlegender Umbau der Informationsabteilung. Setzt das britische Rundfunkhaus damit Trends für den Kontinent?

Von Peter Miles

Sieht so der zukünftige Dienstplan in der BBC-Nachrichtenredaktion aus? Montag: Radio-Bulletin-Produktion Inland; Dienstag: World-TV-Bulletin-Redaktion; Mittwoch: Online-Hintergrundberichte schreiben, sowie Bilder und Links aufladen; Donnerstag: Redaktion World Service Radio, usw..

Ganz so schlimm wird es wohl nicht, aber in der Nachrichtenredaktion der Zukunft wird viel mehr Flexibilität gefragt sein, und es wird viel weniger Leute brauchen. Mit einer radikalen Vorwärtsstrategie will Generaldirektor Mark Thompson eine redaktionelle Multi-Plattform für Nachrichten schaffen, in der die traditionelle Trennung von TV, Radio und Online ein für allemal aufgehoben wird. Parallel dazu entsteht eine Multimedia-Programmabteilung.

Gebührenkürzung und Reorganisation

Abgezeichnet hatte sich das Ganze im Januar, als Kulturministerin Tessa Jowell eine Gebührenerhöhung von 3 Prozent pro Jahr für 2007 und 2008 bekanntgab – ein Zuschlag, der knapp der Inflation entspricht, aber viel niedriger ausfiel, als Thompson gehofft hatte. Heute beträgt die Gebühr £135.50 (ca. Fr. 335.-), und bis 2012 soll sie noch um weitere 12 Prozent ansteigen. Laut BBC fehlen damit für die nächsten 5 Jahre rund 2 Milliarden Pfund (rund 4,7 Milliarden Fran-

ken). Bei Kritikern, allen voran den Gewerkschaften, lässt aber das Wort «fehlen» aufhorchen. Womit hatte Thompson denn gerechnet? Er muss sich vorwerfen lassen, entweder schlecht verhandelt, oder dann völlig unrealistisch geplant zu haben.

Dass die TV- und Radiogebühr politisch ein heikles Thema ist, hätte man wissen können. Auch bei der letzten Erhöhung kam aus dem wirtschaftsliberalen Lager wieder der Ruf nach Einführung des Gebührensplittings zugunsten der Privaten und Zulassung der TV-Werbung bei der BBC. KonsumentInnen fragen immer wieder, wieso sie eine Gebühr zahlen müssen, wenn sie nur private Sender einschalten. Und manche fragten, ob man der BBC eins auswischen wollte, weil die Labour-Regierung ihre Irak-Berichterstattung nicht goutiert hat. Das ist eher unwahrscheinlich, denn unter Politikern ist relativ unbestritten, dass es eine unabhängige BBC braucht. (Kommt dazu, dass wissenschaftliche Studien gezeigt haben, dass die BBC in Sachen Irak-Krieg mehr Hofberichterstattung betrieb als z. B. der Murdoch-Sender Sky News.)

Der Schluss liegt also nahe, dass Thompson ganz einfach falsch gepokert hat. Seit die Reorganisations- und Kürzungspläne Anfang Oktober offiziell bekannt gegeben wurden, schimmert bei den Informationsveranstaltungen für

Die falsch geschnittene Königin

Peinlich für die BBC: Im Sommer 2007 stellte das Fernsehen der Presse eine Vorschau auf seine Herbstproduktionen vor, darunter eine Dokumentarserie über Königin Elisabeth, die sich damals noch in Arbeit befand. Eine Szene zeigt die Königin zusammen mit der amerikanischen Fotografin Annie Leibovitz, die im Frühling ein Porträt der Monarchin knipste. In der Szene meint Leibovitz zur Königin, ohne Krone würde sie besser aussehen, wegen ihrem tollen Kleid. Die darauffolgende Sequenz zeigt die Königin, wie sie – durch den Palast gehend – verärgert zu einer Hofdame sagt, sie habe keine Lust sich anders anzuziehen, und die Sache mit den Kleidern habe sie sowieso satt. Es schien, als wäre die Königin Leibovitz entrüstet und motzend davongelaufen. Der Haken war bloss, dass die Szenen nicht chronologisch zusammengeschnitten waren. Die Dokumentarserie war von der privaten Produktionsfirma RDF Media hergestellt worden, die auch den Zusammenschnitt für die Presse vorbereitet hatte. Als andere Medien auf den fatalen Fehler hinwiesen, wurde klar, dass selbst die BBC nicht gewusst hatte, dass etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen war. Der Sender entschuldigte sich in aller Form beim Königshaus, das die Sache aber überraschend gelassen nahm. Der Skandal hat zwei Opfer gefordert: Sowohl der Chef von BBC1 wie auch der Leiter von RDF Media sind inzwischen zurückgetreten. (PM)

Angestellte immer wieder eines durch: dass die radikale Umgestaltung der News-Abteilung schon länger geplant war, und dass die fehlenden Gebühren jetzt als Hauptvorwand dienen, diese durchzuboxen und den damit verbundenen Personalabbau zu rechtfertigen.

Multi-Plattform

Geplant ist die Zusammenführung der bisher unabhängig voneinander arbeitenden TV-, Radio- und Onlineredaktionen in eine völlig integrierte Redaktion. «Multi-Plattform» heisst das magische Wort, das die neue Grossredaktion beschreibt. In den letzten Jahren haben die verschiedenen Redaktionen mehr und mehr Material ausgetauscht und wiederverwendet, doch besteht nach wie vor ein Konkurrenzdenken. Dies nicht nur zwischen den drei zusammenzulegenden Bereichen, sondern sogar zwischen verschiedenen Informationsgefässen im selben Sender. Generaldirektor Thompson illustrierte dies anlässlich der Bekanntgabe seiner Strategie damit, dass er nach deren Bekanntgabe allein von innerhalb der BBC 37 Anfragen für Interviews bekommen habe, von den privaten Sky News und ITN aber nur je eine. Im Hauptgebäude der BBC in White City, im Westen von London, arbeiten TV- und Radioredaktoren zum Teil im selben Raum, ohne aber Informationen auszutauschen.

Ich selbst erlebte den internen Konkurrenzkampf 1992 während des EU-Gipfels in Lissabon. Alle Informationssendungen hatten ihre eigenen Moderations- und Produktionsteams mitgebracht und produzierten sich gegenseitig konkurrenzierende Beiträge.

Verwaltungstechnisch gibt es nun seit dem 12. November die Abteilungen «Radio News», «TV News» und «Newsi» (Online) nicht mehr. Die Gesamtedaktion heisst neu «Multimedia Newsroom», und es gibt nur noch einen Multimedia-Nachrichtenchef, den ehemaligen TV-Mann Peter Horrocks. Für die einzelnen BBC-Angestellten hat sich in der Praxis noch wenig verändert, und es sitzen alle noch am selben Arbeitsplatz. Ganz umgesetzt wird das neue Konzept erst im Jahre 2012, wenn alle Redaktionen im völlig umgebauten traditionellen BBC-Radio- und Verwaltungshauptquartier «Broadcasting House» beim Oxford Circus im Zentrum von London zusammenkommen. Der ehrwürdige TV-Sitz in White City im Westen der Stadt wird dann verkauft, und auch der BBC World Service verlässt sein geliebtes altes Zuhause, das Bush House, nahe der Waterloo Bridge.

Flexibilisierung, Rationalisierung und die Gewerkschaften

Wie genau das Ganze dann funktionieren soll, wissen die BBC-Oberen selbst

noch nicht so ganz. Denkbar ist, dass eine Person eine bestimmte News-Story in allen möglichen Formen verwertet, also für Radio, TV und Online. Klar ist, dass mit der Zusammenlegung eine Vereinheitlichung der Themen einhergehen wird, und hier besteht die grösste Gefahr für die Qualität der Produkte. Man braucht kein Hellseher zu sein, um zu ahnen, dass die Themen grösstenteils durch das vorhandene TV-Bildmaterial bestimmt sein werden, und dass Korrespondenten und Ressourcen vorwiegend so eingesetzt werden, dass das Material für die 18-Uhr oder 22-Uhr TV-Nachrichten bereitliegt. Vor allem beim World Service macht man sich grosse Sorgen darum, wie man die Planer noch für eine Geschichte aus der Elfenbeinküste oder Vietnam begeistern soll.

Das Ganze wird sich natürlich nicht nur auf die Themenauswahl auswirken. Wenn man verhindern will, dass zu oft parallel gefahren wird, ist auch klar, dass man viel weniger Leute braucht. 2 500 Arbeitsplätze sollen im Programm über die nächsten 5 Jahre verschwinden, gleichzeitig aber 700 neue geschaffen werden. Dies zwei Jahre, nachdem bereits in den Bereichen Technik und Verwaltung rund 3 700 Arbeitsplätze verloren gingen. Allein in der Information soll bis 2012 pro Jahr 5 Prozent eingespart werden, insgesamt also 25 Prozent. BBC-weit soll 10 Prozent weniger produ-

ziert werden, ein Zurückfahren, das damit aufgefangen werden soll, dass im Fernsehen mehr Wiederholungen gezeigt werden. Der ganz grosse Aderlass kommt aber bestimmt 2012, wenn alle ins Broadcasting House dislozieren. Schon jetzt heisst es ganz schlicht, dort hätten wir gar nicht alle Platz.

Für die Gewerkschaften ist klar, dass es zum Streik kommt, wenn nur eine einzige Person entlassen wird. Gegenwärtig sind Verhandlungen über das Umsetzen der neuen Pläne im Gang. So können z. B. auch neue Arbeitspläne nicht ohne Einverständnis der Gewerkschaften eingeführt werden. Alle MitarbeiterInnen haben ein Mail bekommen, in dem ihnen die Möglichkeit angeboten wird, freiwillig aus der BBC auszuscheiden. In solchen Fällen zahlt die BBC in der Regel eine Abfindung in der Höhe eines Monatslohns pro Dienstjahr, und es stehen verschiedene Optionen zum Rentenbezug zur Wahl. Besonders schlecht stösst den Gewerkschaften auf, dass das Personal im Vorfeld nie konsultiert wurde, und dass man jetzt nur noch darüber mitdiskutieren darf, wie man sich am besten selbst abbaut. Es geht sogar das Gerücht um, wir alle müssten in 200 Worten darlegen, warum es uns noch braucht. Klar dementiert wurde dieses Gerücht bisher nicht.

Qualität, Peinlichkeiten und «Ehrlichkeitskurse»

Erste Priorität für die Arbeitsverbände ist aber die Qualität. Auch wenn die Produktion reduziert wird, befürchten sie, dass letztendlich immer weniger Leute immer stärker belastet werden. Die Rechnung ist einfach: In der ganzen BBC soll 10 Prozent weniger produziert werden, bis 2012 pro Jahr aber 5 Prozent eingespart werden. Besonders hart trifft das den Informationsbereich, wo man von einem ungefähr 25 Prozentigen Abbau ausgeht. Ausserdem besteht die Sor-

ge, dass mit zunehmender Flexibilisierung dem Dienstplan zuliebe Leute in Bereichen eingesetzt werden, die ihnen gar nicht liegen. Bislang gehörten immer noch Kontinuität und Erfahrung zu den ganz grossen Stärken der BBC. Flexibilisierung hat bereits seit längerem Einzug gehalten, indem immer mehr Freie beschäftigt werden. Zudem werden immer mehr Produktionen an Aussenstehende vergeben, wo die BBC keine Kontrolle über Arbeitserfahrung und -bedingungen hat.

Vielerorts hiess es, Flexibilisierung und Outsourcing hätten sich schliesslich böse gerächt, als in diesem Jahr eine Reihe von Skandalen ans Licht kam, bei denen klar wurde, dass bei der Produktion geschummelt worden war. Der bekannteste Fall betraf ausgerechnet Königin Elisabeth, die in einem als Vorschau gezeigten Filmzuschnitt erbost aus dem Bild zu stürmen schien (siehe Kasten). Diesen Fehlern haben es jetzt mehr als 16 000 BBC-Angestellte zu verdanken, dass sie einen Kurs über journalistische Ethikgrundsätze durchmachen müssen, der von den MitarbeiterInnen spöttisch in «Ehrlichkeitskurs» umgetauft wurde. Weitere Peinlichkeiten gab es für die BBC in letzter Zeit, als die Honorare einiger ihrer Star-Moderatoren in der Presse veröffentlicht wurden. So soll etwa der TV- und Radiomoderator Jonathan Ross £6 Millionen (Fr. 14 Mio.) pro Jahr verdienen. Während die Gewerkschaften meinen, dort könnte am ehesten gespart werden, ist für die BBC-Obersten klar, dass man Stars nur mit Top-Honoraren bekommt. Und Bescheidenheitskurse sind keine vorgesehen.

Die Zukunft der BBC als Service public

Bis ins Jahr 2017 ist die Konzessionsgebühr für die BBC gesichert, fragt sich nur in welcher Höhe. Die Gebühr garantiert der BBC ein Jahreseinkommen von bis

zu £3.5 Milliarden (Fr. 8 Mrd.), und damit wird sie auch ihren Umstieg auf terrestrisch-digital finanzieren müssen. Indem die Regierung die letzte Erhöhung auf die Inflationsrate beschränkte, gab sie der BBC klar zu verstehen, dass sie sich vor allem selbst darum bemühen muss, sich in einer sich rasch verändernden Medienwelt neu zu positionieren und zu behaupten. Für die Regierung ist aber auch klar, dass die BBC weiterhin ihren Auftrag als Service public erfüllen muss. Im Vorfeld des Gebührenentscheids dachte Kulturministerin Jowell laut darüber nach, ob denn die BBC überall mit dabei sein und mit den Privaten konkurrenzieren müsse. Sie forderte die BBC auf, sich wieder mehr auf ihre Stärken und ihren Auftrag zu besinnen. Selbstverständlich gehöre auch Unterhaltung dazu, meinte sie, aber die BBC solle Unterhaltung «ernst nehmen». Das wurde als Ermahnung an die BBC verstanden, nicht jeden Furz wie etwa «Big Brother» nachzuahmen, auch wenn solche Sendungen grosse Publikumserfolge geworden sind.

Die Botschaft ist eigentlich von allen Seiten deutlich: Eine unabhängige BBC ist erwünscht, aber sie sollte sich auch im Zeitalter der Podcasts und der Nachrichten auf dem Handy auf ihre ursprünglichen Werte und ihren Auftrag besinnen. Sie soll informieren, bilden und unterhalten, aber Letzteres einfach nicht zu dämlich. ◀

Peter Miles ist seit 12 Jahren bei BBC World Service und ist Mitglied des National Union of Journalists (NUJ). Er arbeitete früher in Bern bei DRS, ExtraBE und Schweizer Radio International, und war freier Korrespondent in Lissabon.